

das im Lande mächtige Militär hinter den Kulissen agiert. Einen friedlichen Wechsel der Macht hat das Land in seiner Geschichte seit der Unabhängigkeit noch nicht erfahren. Momentan bleibt nur die Hoffnung, daß es bei dem Abtritt

Suhartos anders sein wird. Bei allen Turbulenzen, die die Währungskrise für Indonesien aufwirft, die Gefahren für die weitere Entwicklung Indonesiens sind vorrangig politischer Natur.

Georg Cremer

Alte und neue Wunden

Die USA und ihr Rassismusproblem

Formal sind die Bürger der Vereinigten Staaten ungeachtet ihrer Hautfarbe gleichberechtigt. Aber faktisch wirkt die lange Geschichte des Rassismus auch heute noch nach, in vielfältigen Formen von Unterprivilegierung und Diskriminierung der Afroamerikaner. Ohne eine strukturverändernde Sozialpolitik ist das Rassismusproblem nicht zu bewältigen. Darauf weisen nicht zuletzt die katholischen Bischöfe der USA immer wieder hin.

Mittwoch, der 3. Dezember 1997: ein eiskalter Tag in Omaha an der Ostgrenze Nebraskas. Über Nacht hatte sich eine dicke Schneedecke über die Bundesstaaten Nebraska, Colorado und Neu-Mexiko gelegt. Der *Omaha-World-Herald* berichtete über drei Seiten hinweg von der gestrigen Hinrichtung des *Robert Williams* im Zuchthaus von Lincoln. Auch in der Prärie interessierten sich die Leser für alle Details des Grauens: „Der erste von vier Stromstößen wurde um 10.16 Uhr ausgelöst, und um 10.23 Uhr wurde Williams für tot erklärt...“ Robert Williams war vor genau vierundzwanzig Stunden hingerichtet worden. In derselben Stunde hatte ich in Santa Fe, tausend Meilen von Lincoln entfernt, den Mietwagen eilends zurückgegeben, um vor dem herannahenden Schneesturm in Richtung Osten zu entkommen. Und jetzt hatte der Schneesturm, der sämtliche Straßen blockierte und den Autoverkehr zum Erliegen brachte, mich in Omaha in seiner Gewalt.

Williams habe seine Hinrichtung zum Bekenntnis des christlichen Glaubens werden lassen, den er während neunzehn Jahren in der Todeszelle gefunden hatte, wußte der Reporter des *Omaha World-Herald*. Schon auf den elektrischen Stuhl geschnallt, habe Williams dem alten Farmer Wayne Rowe, dessen Frau am 12. August 1977 sein drittes Opfer geworden war, noch zugerufen: „I love you, brother Rowe.“ Mußte die Zeitung einen evangelikal verbrämten Hinrichtungs-Voyeurismus im winterlichen Nebraska bedienen – ein grausiges Entertainment à la Bible Belt? Läßt sich ein endlos langes Warten auf die Hinrichtung – seit dem Todesurteil im Juni 1978 – als eine Chance zur Bekehrung von Mördern verstehen?

Robert Williams war seit den drei Morden und mehreren Vergewaltigungen – alle begangen in den wenigen Tagen zwischen dem 10. und 13. August 1977 – nur noch der Inmate No. 31 861 im *Nebraska State Penitentiary* gewesen. Die Exekution war schon einmal im Jahr 1995 angesetzt gewesen, als nur wenige Stunden vor der Hinrichtung ein Beru-

fungsurteil einen Vollstreckungsaufschub anordnete. Der allerletzte Antrag der Anwälte, vom Supreme Court in Washington feststellen zu lassen, daß eine Hinrichtung auf dem elektrischen Stuhl Nebraskas eine „grausame und unübliche Bestrafung“ sei, wurde eine Stunde vor der Hinrichtung am 2. Dezember 1997 vom Supreme Court nicht zur Entscheidung angenommen.

Grundmuster: Ungleich beteiligte Gruppen

Für amerikanische Leser mußte nicht eigens darauf hingewiesen werden, daß Robert Williams ein *schwarzer* Amerikaner gewesen war. Er hatte einen jener afroamerikanischen Lebensläufe gehabt, die – statistisch gesehen – viel häufiger als die Lebensläufe weißer Mörder in einem der 38 Bundesstaaten, welche die Todesstrafe kennen, „on death row“ enden. Williams war 1936 im armen Ostteil Chicagos, der schon zu Indiana gehört, geboren. Er hatte fünf Brüder und eine Schwester gehabt. Sein Vater war Alkoholiker, der Frau und Kinder mißhandelte. Als die verzweifelte Mutter die Familie verließ, wurden die sieben Kinder voneinander getrennt und den Fürsorgeeinrichtungen übergeben. Williams wurde Soldat, der im Dienstgrad eines Korporals im Jahr 1958 ehrenhaft aus der Armee entlassen wurde. In den nächsten zwanzig Jahren arbeitete Williams in wechselnden Jobs, die er in Fabriken und bei der Eisenbahngesellschaft in Omaha, St. Paul (Minnesota) und Lincoln fand. Das waren später die Städte, in denen er am Ende seiner „bürgerlichen Existenz“ bei der dreitägigen Gewaltorgie die Verbrechen beging.

Die *Internationale Juristenkommission* hat in einer im Juli 1996 in Genf vorgelegten Studie über die Todesstrafe in USA festgestellt, daß die Todesurteile meist willkürlich und aus rassistischen Gründen ausgesprochen würden. Betroffen seien meistens mittellose Farbige, die der Ermordung

Weißer überführt wurden. Robert Williams hatte diese Voraussetzung sogar übererfüllt: er hatte eine weiße Frau und außerdem noch zwei schwarze Frauen ermordet.

Spätestens seit dem Ende des Bürgerkriegs (1865), der sie offiziell von den Fesseln der Sklaverei befreit haben sollte, sind arbeitssuchende Schwarze in die wachsenden Industriestädte gezogen. Was sie dabei jedoch fanden, waren immer nur schlechtestbezahlte Jobs ohne Kündigungsschutz, aber nie eine qualifizierte Arbeit mit Aufstiegschancen. Niemals wurden die sozialen Bedürfnisse der schwarzen Familien auch nur andeutungsweise erfüllt. In den Städten, wo die unqualifizierte Arbeit wartete, entstanden die Ghettos schwarzer Not und Depression. Die Kinder und Enkel von baumwollpflückenden Sklaven konstituierten nach und nach in den Industriestädten des Nordens die älteste Schicht des amerikanischen Proletariats. Die hispanische Komponente dieses Proletariats trat erst mit dem neuen Jahrhundert allmählich in Erscheinung.

Wenn wir der Einfachheit halber bloß auf New York schauen, dann erreicht die Sozialgeschichte der schwarzen Ghettos in den streckenweise verelendeten Stadtteilen Harlem und South Bronx unsere bedrückende Gegenwart. Stadtteile verfallen. Schreiende Armut, kollektive Apathie und alle Formen der Armutskriminalität setzen sich unverhüllt in Szene. Die Rassenunruhen von *South Central Los Angeles* im April 1992 (vgl. HK, Juni 1992, 260f.) und *St. Petersburg in Florida* am 25. Oktober 1996 haben gezeigt, daß es nur relativ unbedeutender Anlässe bedarf, um den manifesten Armutskonflikt in den Ghettos zu offenen Rassenauseinandersetzungen, die das ganze Land erschüttern, eskalieren zu lassen. Bei diesen Eruptionen des in USA dauernd präsenten Rassenkonflikts werden die oft gebrauchten Formeln von einer „farbenblinden“ Gesellschaft und einem „melting pot“, der allen Bürgern angemessene ökonomische Vorteile bringt, blitzschnell zu Makulatur.

Die ungleiche Teilhabe der Bürger an der amerikanischen Gesellschaft hat sich bei einer neuen Umfrage unter Collegestudenten (Herbst 1997) auf alarmierende Weise zu erkennen gegeben. Nur ein Drittel der befragten Studenten äußerte ein Interesse daran, sich für eine Verbesserung der Rassenbeziehungen einsetzen zu wollen. Das bedeutet nicht, daß diese Studenten sich in irgendeiner expliziten Form an rassistischen Vorfällen beteiligen würden – dafür sind sie viel zu „anständig“ erzogen. Es bedeutet jedoch, daß sie die „farbenblinde“ Gesellschaft dahin verstehen, daß sie sich nicht mehr um die soziale und ökonomische Situation benachteiligter Gruppen – und dazu gehören vor allem einmal die Afroamerikaner – kümmern wollen. Statt dessen wollen die Studenten mit einer möglichst hohen und möglichst guten Qualifikation abschließen, um sich anschließend auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich behaupten zu können. Das hat viel mit neokapitalistischer Lust am eigenen Erfolg und extremer Individualisierung zu tun, aber gar nichts mehr mit der Einsicht in die Notwendigkeit, daß die soziale Gleichberechtigung bisher diskriminierender Bevölkerungsgruppen von

allen Amerikanern – auch von den befragten Studenten – aktiv unterstützt werden sollte.

Es fällt schon seit geraumer Zeit auf, daß in den USA immer weniger Bürger zu den Wahlen gehen, die auf der Ebene des Bundes, der Einzelstaaten und der Kommunen stattfinden. 1988 und 1996 beteiligte sich nur noch die Hälfte aller Wahlberechtigten an den Präsidentenwahlen (*Milton C. Comings-David Wise, Democracy Under Pressure, Fort Worth, 1993, 309*), und wenn die Entscheidung zwischen den Präsidentschaftskandidaten eng ausfällt, dann wird der Präsident nur noch von einem Viertel der wahlberechtigten Amerikaner ins Weiße Haus entsandt.

Was zunächst nur als simple Parallele zu der Wahlmüdigkeit, wie sie auch in anderen Demokratien feststellbar ist, erscheint, hat in den USA angesichts der Diskriminierung der nicht-weißen Minderheiten direkte Folgen für deren politische und ökonomische Nicht-Partizipation. Immer wenn eine niedrige Wahlbeteiligung eingetreten ist, dann heißt das stillschweigend zugleich, daß die Wahlbeteiligung in mittelständisch-weißen Wohngebieten relativ hoch war, jedoch in den danebenliegenden sozialen Notstandsgebieten, wo Afroamerikaner, hispanische Einwanderer und andere Minderheiten leben, besonders niedrig ausfiel. In den sozioökonomisch benachteiligten Gruppen geht man nämlich viel seltener zur Wahl, und manchmal wissen die Angehörigen dieser Gruppen überhaupt nicht, daß gerade wieder ein Wahlkampf stattfindet.

Dieses Phänomen wird als „unequal participation“ (ungleiche Teilhabe am politischen und wirtschaftlichen Leben) bezeichnet. Die „unequal participation“ ist für theoretisch arbeitende Politikwissenschaftler manchmal so selbstverständlich, daß sie sich mit ihr am liebsten gar nicht mehr beschäftigen möchten. Viel bequemer ist die Flucht in die politologische Komparatistik, die sich dann intensiv mit dem Wählerverhalten in der Schweiz, in Belgien oder in Australien beschäftigt. Der abstrakte Begriff ist oft nur dazu da, um die soziale Not der Ghettos, ihre Armut, die Fehler der amerikanischen Sozialpolitik sowie die Weiterexistenz bzw. das Neuentstehen rassistischer Verhaltensmuster zu verhüllen.

Rassismus mit vielen Gesichtern

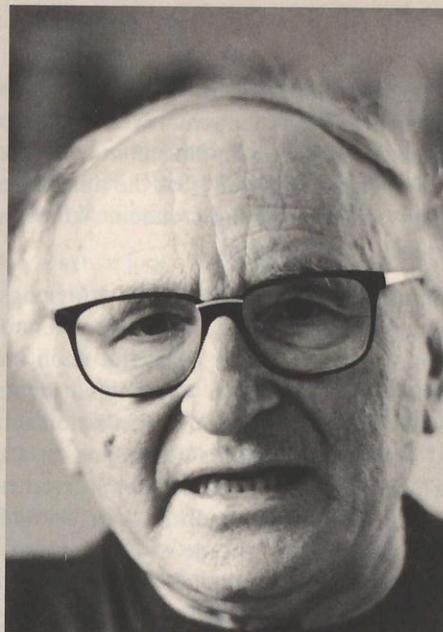
Gelegentlich tauchen Prognosen auf, die eine Entwicklung der ungleichen Rassengesellschaft in Richtung einer Gesellschaft der gleichberechtigten Bevölkerungsgruppen annehmen: „Dieses neue Amerika ist nicht mehr westlich, ist nicht mehr eine durch Europäer mit europäischen Einwanderern aufgebaute Nation, eine weiße, aus weißen Ethnien geschaffene Kultur, die dem afrikanischen, schwarzen Anderssein grausam und feindselig gegenübersteht“ (*Marco D'Eramo, Das Schwein und der Wolkenkratzer, Chicago: Eine Geschichte unserer Zukunft, München 1996, 423*). Dieser theoretisch begründete Optimismus deckt sich jedoch nur selten mit den täglichen Abstandserfahrungen der Afroamerika-

Johann Baptist Metz

Ein großer Theologe und sein Werk

Zum Begriff der neuen Politischen Theologie (1967–1997)

1997. 216 S. Kt.
DM 36,- / ÖS 263,- / SFr 34,20
ISBN 3-7867-2029-0



Glaube in Geschichte und Gesellschaft

Studien zu einer praktischen
Fundamentaltheologie
5. Aufl. 1992. 240 S. Geb.
DM 36,- / ÖS 281,- / SFr 36,-
ISBN 3-7867-1575-0

„Landschaft aus Schreien“

Zur Dramatik der Theodizeefrage
1995. 144 S. Kt.
DM 24,80 / ÖS 181,- / SFr 24,80
ISBN 3-7867-1890-3

MC: In der Zeit der Gotteskrise

Grünewald Sprechkassetten
Sprecher: J.B. Metz
1996. Laufzeit: 2 x 25 Minuten
DM 19,80 / ÖS 145,- / SFr 19,80
ISBN 3-7867-1977-2

Jenseits bürgerlicher Religion

Reden über die Zukunft des
Christentums
4. Aufl. 1984. 148 S. Kt.
DM 19,80 / ÖS 145,- / SFr 19,80
ISBN 3-7867-0826-6

Zur Theologie der Welt

Topos Taschenbuch 11
5. Aufl. 1985. 152 S. Kt.
DM 10,80 / ÖS 79,- / SFr 10,80
ISBN 3-7867-0411-2

MC: Orientierungen in der Kirchenkrise

Grünewald Sprechkassetten
Sprecher: J.B. Metz
1997. Laufzeit: 2 x 25 Minuten
DM 19,80 / ÖS 145,- / SFr 19,80
ISBN 3-7867-2058-4

Matthias-Grünewald-Verlag
Postfach 30 80 · 55020 Mainz



Jetzt auch im Internet:
<http://www.kath.de/gruenewald>

ner, sind sie doch zusammen mit den extrem dezimierten „Native Americans“, den indianischen Ureinwohnern, jener Teil der Bevölkerung, der von Anfang an in der Neuen Welt lebte und an fast allen Orten der USA die dunkle Schattenseite der sich ansonsten in imponierendem Auftreten gefallenden Supermacht repräsentiert.

Der amerikanische Bürgerkrieg hatte das verfassungsrechtliche Ergebnis, daß im Jahr 1865 das 13. Amendment der Verfassung angefügt wurde: „Weder Sklaverei noch unfreiwillige Knechtschaft... sollen in den Vereinigten Staaten oder an irgendeinem Ort, welcher deren Jurisdiktion unterstellt ist, bestehen.“ Dieser gutgemeinte Verfassungszusatz entfaltete keinerlei Wirkung, weil in der Zeit der „reconstruction“, die sofort mit dem Ende des Bürgerkriegs in den Südstaaten einsetzte, die den Schwarzen gerade erst eingeräumten Bürgerrechte wieder zurückgenommen wurden. Die Angst vor schwarzen Aufständen, durch welche die Weißen obdachlos würden, wurde systematisch geschürt. Das Wahlrecht wurde den Schwarzen wieder genommen, weil wegen deren hohen Bevölkerungsanteils in einigen Gebieten Zonen schwarzer Vorherrschaft entstehen würden. Das grausamste Instrument der weißen Machtbehauptung waren die *Lynchmorde*, von denen der gesamte Süden in der letzten Phase des 19. Jahrhunderts überschwemmt wurde.

Ida B. Wells, 1862 in Mississippi geboren und zeit ihres Lebens eine dynamische Vorkämpferin für die Rechte der Schwarzen, hat früh auf die grausame Lynchjustiz hingewiesen. Sie ermittelte, daß zwischen 1882 und 1903 etwa 10 000 Schwarze gelyncht wurden. Große Tageszeitungen wie die *Chicago Tribune* und die *New York Times* führten in ihren Verbrechensstatistiken die neue Rubrik „Lynchmorde“ ein. Es wurde schnell gelyncht, wenn Schwarze mit Mord, Überfall, Diebstahl und Vergewaltigung in Verbindung gebracht werden konnten. *Ida Wells* stellte fest, daß die Vergewaltigungen weißer Frauen durch schwarze Männer meistens erfunden waren und oft von weißen Frauen vorgeschützt wurden, wenn sie sich nach einer einvernehmlich eingegangenen Beziehung im weißen Milieu vom Vorwurf der „Rassenschande“ entlasten mußten.

Die Lynchmorde waren bis zum Ende des Jahrhunderts in den meisten Südstaaten gesetzlich verboten worden, ohne daß das deren Zahl wesentlich verringert hätte. Sie ging erst nach dem Ersten Weltkrieg zurück, nachdem die zurückgekehrten schwarzen Soldaten ihren Platz in der Südstaatengesellschaft mit gestärktem Selbstbewußtsein zu verteidigen begannen. Außerdem war die amerikanische Gesellschaft als ganze aufmerksamer und sensibler geworden. Serien von Lynchmorden tauchten in den dreißiger Jahren wieder auf, gingen dann während des Zweiten Weltkrieges stark zurück und tauchten noch einmal während der Bürgerrechtsauseinandersetzungen der sechziger Jahre auf. In der Gegenwart werden Morde, die rassistische Motive haben, unter der Bezeichnung „bias crimes“ in die Mordstatistik eingeordnet.

Der *offene Rassismus*, der sich während mehr als sechzig Jahren in den Lynchmorden ausdrückte, hat sich aus dem öf-

fentlichen Leben der USA zurückgezogen. In einem formalen Sinn ist die amerikanische Rechtsordnung „farbenblind“ geworden, weil sie jedem Bürger ungeachtet seiner Hautfarbe den vollen Schutz des Gesetzes gewährt. Etwas anderes ist es, daß die einst klar erkennbare rassistische Diskriminierung sich in eine Struktur der *sozialen* und *sozioökonomischen Diskriminierung* der *Afroamerikaner* transformiert hat. Das schwarze Einkommen liegt im Landesdurchschnitt 50 Prozent unter dem der Weißen; 65 Prozent aller schwarzen Kinder werden unehelich geboren; in den Gefängnissen der USA sind mehr Schwarze eingesperrt, als es schwarze Studenten gibt; fast die Hälfte aller Mordopfer ist schwarz.

Was trotz der „farbenblinden“ Rechtsordnung, die auch die Afroamerikaner einschließt, in den dreißiger Jahren als staatlich tolerierter, rassistischer Rechtsbruch geschehen konnte, wurde am 19. Mai 1997 erneut ins allgemeine Bewußtsein gehoben, als Präsident Clinton im Weißen Haus fünf Überlebende und Angehörige von Opfern des *Tuskegee-Experiments* empfing und sich bei ihnen für das erlittene Leid entschuldigte. In der Kleinstadt Tuskegee in Alabama hatte die amerikanische Gesundheitsbehörde 1932 eine Langzeitstudie über den Verlauf der unbehandelten Syphilis bei schwarzen Männern begonnen. In dieser Studie wurden 399 Männer, die sich zwar krank fühlten, aber noch keine erkennbaren Symptome der Syphilis zeigten, mit dem Versprechen kostenloser Behandlung und Verpflegung als Langzeitpatienten ausgewählt. Die behandelnden Ärzte teilten den Patienten ihre Krankheit nicht mit und unterließen es, in irgendeiner medizinisch angezeigten Art gegen die Syphilis vorzugehen. Auch als das Penicillin als Mittel der Wahl zur Verfügung stand, kam es nicht zur Anwendung.

Das von den Behörden gedeckte Verbrechen an den Schwarzen in Tuskegee wurde erst 1972 durch Zeitungsberichte aufgedeckt. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 128 Personen an Syphilis und anderen damit verbundenen Krankheiten gestorben. Außerdem waren Dutzende von Frauen und Kindern angesteckt worden, die erst 1972 angemessen behandelt wurden. In den siebziger Jahren wurde außergerichtlich eine geringe Entschädigung von 10 Millionen Dollar an Opfer und Angehörige ausgezahlt.

Die 1972 ausgebliebene Entschuldigung wurde nach einem Vierteljahrhundert von Präsident Clinton nachgeholt: „Was getan wurde, kann man nicht ungeschehen machen. Aber wir können das Schweigen beenden. Wir können Ihnen (scil. den im Weißen Haus anwesenden Opfern) in die Augen schauen und im Namen des amerikanischen Volkes sagen: Was die Vereinigten Staaten taten, war beschämend, und es tut mir leid“ (FAZ, 20.5.97). Das Tuskegee-Experiment überdauerte die Präsidenten Roosevelt, Truman, Eisenhower, Kennedy, Johnson und Nixon. In seiner Laufzeit sind der Zweite Weltkrieg, der Koreakrieg, der Kalte Krieg und die entscheidende Phase des Koreakrieges versammelt, ehe der staatlich angeordnete Medizinskandal 1972 aufgedeckt wurde. Und dann nach weiteren 25 Jahren die dünne Bot-

schaft aus dem Weißen Haus: „Was getan wurde, kann man nicht ungeschehen machen...“ wie leicht läßt sich die geschichtliche Bürde des Rassismus abwerfen?

Den rassistischen Übergriffen auf Schwarze und schwarzes Eigentum folgen die schön formulierten und unverbindlichen Selbstabsolutionen, die keine weiteren Kosten verursachen, auf dem Fuß. Das war bei der langen Serie von *Brandstiftungen in schwarzen Kirchen*, die seit Anfang 1995 vor allem den Süden überzog, erneut der Fall. Zwischen Januar 1995 und Juni 1996 wurden mehr als 60 schwarze Kirchen und von mehreren Rassen gleichzeitig benutzte Kirchen niedergebrannt. Präsident Clinton unterzeichnete im Juli 1996 ein Gesetz, das härtere Strafen für Kirchen-Brandstiftung vorsieht. Dieses Gesetz regelt außerdem, daß die Zerstörung kirchlichen Eigentums aus rassistischen Motiven als Delikt gilt, das nach Bundesgesetzen zu verfolgen ist.

Das Gesetz zur Eindämmung der Kirchenbrände führte nicht dazu, daß die Zahl der Brandstiftungen zurückging. Im Frühjahr 1997 war die Zahl der verbrannten Kirchen, an deren Wiederaufbau sich der Nationale Kirchenrat der USA beteiligte, bereits auf 124 angestiegen. In dieses Bild paßte die statistische Mitteilung, daß im Jahr 1995 in den USA 4831 rassistisch begründete Übergriffe auf Menschen mit anderer Hautfarbe erfaßt wurden. 61,9 Prozent der rassistischen Straftaten richteten sich gegen Schwarze, 25,4 Prozent gegen Weiße, der Rest gegen Asiaten und Hispanics. Bei 41 Prozent der Fälle handelte es sich um Einschüchterungen, 23 Prozent waren Sachbeschädigungen und immerhin 31 Prozent waren tätliche Angriffe auf Personen (darunter 20 Morde der Kategorie „bias crimes“).

Entschuldigung für die Sklaverei?

Die von Präsident Clinton wiederbelebte Erinnerung an das Tuskegee-Experiment und die einander jagenden Meldungen über immer neue Kirchenbrände beschäftigten die Amerikaner in hohem Maß. Darum schien manchen Politikern die Zeit günstig zu sein, sich dem Thema des historischen und aktuellen Rassismus zu widmen. Weiße Parlamentarier aus beiden Parteien brachten im Kongreß einen Gesetzentwurf ein, in dem eine nationale *Entschuldigung gegenüber den Nachkommen der Sklaven gefordert wurde*.

Präsident Clinton zeigte sich für diesen Vorstoß aufgeschlossen, entsprach er doch seiner eigenen Überzeugung in der Rassenfrage. Es schien plausibel zu sein, die Geschichte der inneramerikanischen Rassentrennung sowie den die Gegenwart belastenden Rassismus in einem besonderen Gesetz vor dem Beginn des dritten Jahrtausends für endgültig überwunden zu erklären. Der Blick in die Zeit jenseits des Jahres 2000 hatte sich seit dem Präsidentschaftswahlkampf 1996 an den unsicheren Zukunftsverheißungen der neuen Mediengesellschaft festgesogen. Ein vom Präsidenten mitbeeinflußtes und am Schluß unterzeichnetes Gesetz über Sklaverei und Rassismus hätte die Gelegenheit gegeben, die schwerste in-

nenpolitische Last der amerikanischen Nation seit der Unabhängigkeitserklärung von 1776 zu einem besonders günstigen Kalendertermin abwerfen zu können. In künftigen Wahlkämpfen der Demokraten hätte sich das Gesetz über Sklaverei und Rassismus als Segen erwiesen.

In den USA setzte jedoch eine heftige öffentliche Diskussion ein. Für die einen war es zu wenig, wenn nur eine Aneinanderreihung längst bekannter Allgemeinplätze in das Gesetz hineingeschrieben würde. Intellektuelle, kritische Politiker und die liberale Presse sahen in einem unverbindlich gehaltenen Gesetz nur eine zynische Verhöhnung der schwarzen Bevölkerung. Statt dessen forderten sie, für die benachteiligten Afroamerikaner eine nennenswerte Kompensation, die sozialpolitisch verantwortet und sozioökonomisch relevant wäre. Clintons gern benutztes Sätzchen „I feel your pain“ könnte nicht ausreichen.

Wenn ein Entschuldigungsgesetz betr. Sklaverei mit einem in Dollarmilliarden zu messenden Schadensersatz für die heute lebende schwarze Bevölkerung verbunden sein sollte, dann blieb völlig ungeklärt, wie die entstehenden immensen Kosten zu finanzieren wären, wo doch schon die soziale Not in den heute real existierenden Armutshettos das Resultat fehlender finanzieller Zuwendungen ist. In der Diskussion wurde auch befürchtet, daß die Nachkommen der in der Vergangenheit fast ausgerotteten indianischen Stämme und Pueblos nach dem Beispiel der schwarzen Bevölkerung eine finanzielle Restitution verlangen würden.

Ein großes Erschrecken ging durch die Reihen derer, die sich zu Wort gemeldet hatten. Nach einigen Wochen erklärte der Präsident, sich doch nicht in der zunächst geplanten spektakulären Form bei den schwarzen Amerikanern für die Geschichte der Sklaverei entschuldigen zu wollen. Die Gesetzesinitiative begann, im Räderwerk des Kongresses unauffindbar zu verschwinden. Die amerikanische Öffentlichkeit – vor allem die Weißen – ließ sich für das Entschuldigungsprojekt vor dem herannahenden Jahrtausend – oder bescheidener: vor dem neuen Jahrhundert – nicht begeistern. Am 2. Juli 1997 wurde in Washington eine Gallup-Umfrage veröffentlicht, nach welcher sich zwei Drittel aller Amerikaner gegen eine öffentliche Entschuldigung bei den schwarzen Mitbürgern aussprachen. Selbst unter den befragten Schwarzen waren nur wenig mehr als 50 Prozent für diese Entschuldigung.

Aus der Gallup-Umfrage ist auch herauszulesen, daß es den herausgehobenen politischen Akteuren zusammen mit der Masse der Amerikaner nicht gelingen will, sich selbst als eingeschmolzene Mikroteile des „melting pot USA“, in dem alle Gegensätze auszugleichen sind, zu verstehen. „Melting pot“ bleibt weiterhin das bevorzugte Schlagwort in Politikerreden, die ihre gedanklichen Anleihen aus einer unstimmen amerikanischen Ideologie beziehen.

Die Grundprobleme der Vereinigten Staaten werden über das Jahr 2000 hinaus ungelöst bleiben, obwohl man der bedrückenden Geschichte der Sklaverei, der fortdauernden

Diskriminierung und dem Elend der schwarzen Armutsghettos nicht entrinnen kann. Es bedürfte einer *strukturverändernden Sozialpolitik* zugunsten derer, die durch die diskriminierende Ungleichheit benachteiligt sind. Eine so veränderte Sozialpolitik wäre der Abschied von dem nicht-egalitären Amerika. Der Zweifel bleibt, ob die amerikanischen Politiker zu einer solchen sozialpolitischen Revolution fähig sein werden. Angenehm klingt für die meisten Amerikaner die Beteuerung der unbestrittenen Weltgeltung ihres Landes: „Our leadership in the world is unrivaled“ (Präsident Clinton in der „State of the Union Message“ am 27. Januar 1998).

Richtige Analysen ohne Veränderungspotential

Das *Center for Democratic Renewal* in Atlanta (Georgia) hat für die Jahre 1980–1986 eine erschreckende Chronologie des häßlichen Rassismus, nach Bundesstaaten gegliedert, vorgelegt (Chris Lutz, Hg., *They Don't All Wear Sheets. A Chronology of Racist and Far Right Violence, 1980–1986*, Atlanta 1997). Wenige zufällig ausgewählte Beispiele sollen für sich selbst sprechen.

In *Ohio* wurde 1980 ein 14jähriges schwarzes Mädchen auf dem Heimweg von einer Halloween Party durch Schüsse getötet. Sieben Weiße wurden wegen Mordes angeklagt. In *North Carolina* wurde 1985 ein weißer Mann beobachtet, als er einen Warnbrief des Ku-Klux-Klan am Auto einer weißen Frau anbrachte, der die Frau vor „race-mixing“ warnte. In der Stadt Columbia (75 000 Einwohner) in *Maryland* wurde 1985 die Parole „Die Nigger“ (Nigger, stirb!) auf die Haustür einer schwarzen Familie gesprüht. In Bristol im distinktierten „neu-englischen“ *Connecticut* wurde 1986 der kircheneigene Bus der Zion Church von einer Brandbombe zerstört. Im vorangegangenen Monat war „KKK“ (für Ku-Klux-Klan) an den Bus gesprüht worden.

In *Kalifornien* ein Fall von „bias crime“: In der High School von Davis (53 000 Einwohner) überfiel 1983 eine Bande vier vietnamesische Schüler. Drei Schüler wurden geschlagen. Der vierte Schüler, Thon Hy Huynh, wurde erstochen. In *Wyoming* wurde 1986 ein schwarzer Autofahrer, der bei Rock Springs seinen überhitzten Automotor reparierte, von drei maskierten Weißen als „nigger“ und „coon“ beschimpft (Schimpfworte aus der Zeit des Lynchens!) und zum Verlassen der Gegend aufgefordert. In das Auto wurde ein Schuß abgefeuert. *Kentucky*: Ebenfalls im Jahr 1986 stand in Louisville ein Polizist vor Gericht. Der Polizist war Mitglied des „KKK“ und hatte eine rechtsradikale Kampfzelle gegründet. Bei den Verhören wurde bekannt, daß die meisten lokalen Polizisten dem „KKK“ angehörten. Im Stadtteil Brooklyn von *New York* wurde 1986 der Afroamerikaner Sam Spencer durch sechs Weiße von seinem Fahrrad geholt, geschlagen und erstochen.

Weil sie nahe bei den Betroffenen und den Opfern stehen, sind der offene und der verdeckte Rassismus natürlich auch

Dauerthemen für die amerikanischen *Kirchen*. Schon 1979 veröffentlichte die katholische Bischofskonferenz einen *Hirtenbrief über den modernen Rassismus* (Brothers and Sisters to Us. U. S. Bishops' Pastoral Letter on Racism in Our Day, hg. United States Catholic Conference, Washington 1979). Die Meinung des Hirtenbriefs: Der Rassismus pflanze sich in verdeckter Form fort; indem andere Motive vorgeschoben würden, werden ganze Segmente der Bevölkerung, die als Bedrohung empfunden werden, stereotypisiert und marginalisiert; der Rassismus zeige sich da, wo der offene Haß gegen Mitglieder einer anderen Rasse (als die ältere Form von Rassismus) in eine totale Gleichgültigkeit gegenüber anderen Rassengruppen umschlage.

Die Armen in den Minderheiten werden nach Ansicht der Bischofskonferenz „als der Müll einer post-industriellen Gesellschaft“ mißachtet. „Der heutige Rassismus gedeiht im Triumph der privaten Interessen über die öffentliche Verantwortung, des privaten Erfolgs über die sozialen Pflichten und der persönlichen Selbstverwirklichung über die echte Anteilnahme.“ Was der Hirtenbrief als amerikanische Realität beschreibt, ist der radikalste Kontrast zu dem irreführenden Theorem einer „melting pot“-Gesellschaft.

Der auf die sozialen Fragen eingehende Hirtenbrief „Economic Justice For All: Catholic Social Teaching and the U. S. Economy“ schrieb den Hirtenbrief über den Rassismus im Jahr 1986 fort. Die entwürdigende und demoralisierende Armut unter Schwarzen, Indianern und Hispanics wird als die Folge der traditionellen rassistischen Diskriminierung beschrieben: „...Vorurteile und Diskriminierung in unserer Gegenwart sowie die Auswirkungen der älteren Diskriminierung schließen nach wie vor viele Mitglieder der rassistischen Minderheiten aus der Mitte des amerikanischen Lebens aus.“

Neun Jahre nach „Economic Justice For All“ hat die Bischofskonferenz im November 1995 eine Überprüfung ihres Sozialhirtenbriefs vorgelegt. In nur neun Jahren war die Armutsbevölkerung von 33 auf 37 Millionen Personen angestiegen. Mehr als ein Fünftel aller Kinder, die in einer der reichsten Nationen der Welt lebten, lebten in Armut. Die Armut der „racial minorities“ war noch ausgeprägter: „Diskriminierung, Arbeitslosigkeit, mangelhafte Erziehung und weitere Faktoren machen die Afroamerikaner und Hispanics in noch weit höherem Maß arbeitslos und arm. 44 Prozent der afroamerikanischen Kinder und 36 Prozent der hispanischen Kinder wachsen in Armut auf“ (National Conference of Catholic Bishops, Hg., *A Decade After „Economic Justice For All“: Continuing Principles, Changing Context*, New Challenges, November 1995).

Beinahe hilflos und resigniert formulierte die Bischofskonferenz Fragen, die in USA niemand beantworten kann: „Wie können wir uns mit der rassistischen Uneinigkeit, die in unserer Gesellschaft herrscht, besser auseinandersetzen? Wie können wir den zunehmenden rassistischen und ethnischen Abstand zwischen den einzelnen Gruppen und die fortdauernde Last der Diskriminierung im Wirtschaftsleben überwinden?“

Exakter und überzeugender als die amerikanischen Politiker, die sich im Sommer 1997 anschickten, sich in einem oberflächlichen – und darum wertlosen – Gesetz bei den Nachkommen der Sklaven für die Sklaverei zu entschuldigen, haben die Bischöfe schon 1979 die Transformation des „alten häßlichen Rassismus“ in den „neuen häßlichen Rassismus“, der in den Erfolgsberichten der Wirtschaft nicht mehr als solcher wahrnehmbar ist, in seinem Wesen erfaßt: „Oftmals besteht das neue Gesicht des Rassismus in dem Ausdruck eines Computers, in dem Schaubild von Profiten und Verlusten.“

Die Kirchen der USA sind sich mit allen anderen Kritikern des Rassismus, in dessen Kontext rassistische und soziale Diskriminierung ineinander übergehen, einig, wenn es um die Erklärung der Fakten und der Wirkmechanismen des „neuen häßlichen Rassismus“ geht. Aber keiner der erklärungskompetenten Fachleute kann die entscheidende Frage beantworten, auf welchem Weg die soziale Revolution herbeizuführen sei, die den alten und neuen Rassismus überwinden helfen wird.

Seit zwei Jahren scheint es eine extrovertierte Dimension von „rassistisch“ rückgekoppeltem amerikanischem Politikverhalten zu geben, das in einer eskalierenden antischweizerischen Diskussion über Nazigold und nachrichtenlose Konten erkennbar wird. Die sich häufenden Versuche, die Schweiz mit juristisch problematischen Sammelklagen zu überziehen und auf eine Anklagebank in Brooklyn zu zeren, erinnern aus der Ferne an die Eruptionen eines fanatischen Zelotismus, der vor hundert Jahren im Süden der

USA brutale Lynchorgien auslöste. Maßlose und möglicherweise unbegründete Klagevorhaben, pauschale Drohungen, das „power play“ einzelner Politiker und Anwälte sowie medienwirksam eingenommene imperiale Gesten – wie sie etwa Senator *Alfonse D'Amato* im Interesse seiner Wiederwahl im kommenden November vor den Augen der jüdischen Wählerschaft im Staat New York einsetzt – legen die Vermutung nahe, daß es sich bei dem allen strukturell um Facetten eines irrationalen Rassismus handeln könnte, wie er im letzten Jahrhundert die Periode der Lynchjustiz auslöste, die aus dem konservativen weißen Bewußtsein der USA längst verdrängt ist.

Die Schweiz war seit der amerikanischen Unabhängigkeit im 18. Jahrhundert einer der treuesten politischen Partner der Vereinigten Staaten. Wird dieses alte Vertrauensverhältnis durch die Agitation interessierter Personen und Gruppen nunmehr beendet werden? Sollte es dahin kommen, würde sich ein weiteres Problem für die USA ergeben.

Die außenpolitische Handlungsfähigkeit der USA ist nämlich dann in Frage gestellt, wenn aus dem Raum der politischen Vernunft kein Versuch unternommen wird, die selbsternannten Anstifter zur „Lynchjustiz“ gegenüber der Schweiz an ihrem Vorhaben zu hindern. Die Rolle der Schweiz in der Zeit des Holocaust kann nicht mehr sachlich und fair aufgearbeitet werden, wenn nicht der demokratische Mikrokosmos Schweiz den überzogenen Angriffen derer, die in USA die öffentliche Bühne besetzt halten, entzogen wird.

Hermann Vogt

Enttäuschende Bilanz

Die UN-Blauhelme lassen ein Haiti ohne Illusionen zurück

Drei Jahre nach dem hoffnungsvollen Beginn der UN-Mission zum Wiederaufbau der Demokratie in Haiti haben die Blauhelme den karibischen Inselstaat jetzt verlassen. Zurück bleibt ein Land mit einer frei gewählten Regierung, aber ohne ein funktionierendes Staatswesen – und ohne jede Illusion. Den Rückweg Haitis in den Alltag der Armut beschreibt Christian Schneider, Redakteur bei Adveniat.

„Die Stunde der Komödianten“, wie der amerikanische Autor *Graham Green* seinen Haitiroman betitelte, ist vorbei. Nach drei Jahren wurde das mit internationaler Beteiligung aufgeführte Stück „Restore democracy“ nach mehrfachen Verlängerungen im Dezember 1997 aus dem Programm genommen. Der große Abgang zum Ende des Dramas blieb aus: Ein Glas Sekt der UN-Kommandeure mit Präsident *René Prével*, dann verließen die verbliebenen 1300 Akteure

der internationalen Friedenstruppen die Bühne. Knapp dreihundert internationale Beobachter durchstreifen jetzt noch einige Monate lang die Ränge, bevor das haitianische Staatsensemble mit seinem Sieben-Millionen-Heer bitterarmer Statisten wieder sich selbst überlassen ist.

Das Publikum in aller Welt, das seit 1991 zunächst schauernd die Greuelthaten der Putschisten, dann fiebernd die Rückkehr des Präsidenten *Jean-Bertrand Aristide* verfolgt